
Vorsitz: Litauen**857. PLENARSITZUNG DES RATES**1. Datum: Donnerstag, 7. April 2011Beginn: 10.10 Uhr
Unterbrechung: 13.00 Uhr
Wiederaufnahme: 15.10 Uhr
Schluss: 16.10 Uhr2. Vorsitz: A. Krivas3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:Punkt 1 der Tagesordnung: **BERICHT DER SONDERBEAUFTRAGTEN UND
KOORDINATORIN FÜR DIE BEKÄMPFUNG DES
MENSCHENHANDELS**

Sonderbeauftragte und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels (SEC.GAL/59/11), Ungarn – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro und Türkei; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien, Bosnien und Herzegowina und Serbien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Armenien, Georgien, Moldau und San Marino) (PC.DEL/317/11), Schweiz, Russische Föderation (PC.DEL/330/11), Belarus (PC.DEL/336/11), Usbekistan (PC.DEL/345/11), Heiliger Stuhl (PC.DEL/315/11), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/342/11), Moldau (PC.DEL/327/11)

Punkt 2 der Tagesordnung: **PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN**(a) *Grundfreiheiten in Aserbaidshan:* Ungarn – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island und Montenegro; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien und Bosnien und Herzegowina; sowie dem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und

EFTA-Land Norwegen) (PC.DEL/319/11), Russische Föderation (PC.DEL/335/11), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/323/11), Aserbaidshjan (PC.DEL/328/11)

- (b) *Internationaler Tag der Roma am 8. April 2011*: Ungarn – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Montenegro und Türkei; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien, Bosnien und Herzegowina und Serbien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Armenien, Georgien und Moldau) (PC.DEL/320/11), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/325/11)
- (c) *Präsidentenwahlen in Kasachstan vom 3. April 2011*: Ungarn – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island und Montenegro; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien, Bosnien und Herzegowina und Serbien; sowie dem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Norwegen) (PC.DEL/318/11), Belarus (PC.DEL/338/11), Russische Föderation (PC.DEL/332/11), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/340/11), Kasachstan (PC.DEL/321/11)
- (d) *Verurteilung der vor Kurzem erfolgten Verbrennung eines Koran in den Vereinigten Staaten von Amerika*: Kasachstan (auch im Namen Aserbaidshjans, Tadschikistans und der Türkei) (Anhang 1), Russische Föderation (PC.DEL/333/11), Heiliger Stuhl (PC.DEL/316/11), Belarus (PC.DEL/337/11), Aserbaidshjan, Marokko (Kooperationspartner) (PC.DEL/344/11), Afghanistan (Kooperationspartner), Jordanien (Kooperationspartner), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 2)
- (e) *Demonstrationen zu Artikel 31 in der Russischen Föderation*: Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/324/11), Russische Föderation (PC.DEL/334/11)

Punkt 3 der Tagesordnung: BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DES
 AMTIERENDEN VORSITZENDEN

- (a) *Erklärung des Amtierenden Vorsitzenden zur Verurteilung der Ermordung von VN-Mitarbeitern und Einheimischen in Masar-i-Sharif (Afghanistan)* (SEC.PR/75/11): Vorsitz (CIO.GAL/55/11)
- (b) *Teilnahme des Amtierenden Vorsitzenden und des Generalsekretärs an einem Seminar zum Thema „Building Bridges: Security Community and Partnerships for Change“, am 5. April 2011 an der Universität Wilna*: Vorsitz (CIO.GAL/55/11)
- (c) *Telefongespräch des Amtierenden Vorsitzenden mit dem Staatssekretär und Minister für auswärtige Angelegenheiten Kasachstans am 5. April 2011*: Vorsitz (CIO.GAL/55/11)

- (d) *Telefongespräch des Amtierenden Vorsitzenden mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 5. April 2011: Vorsitz (CIO.GAL/55/11)*
- (e) *Informelles Treffen der Teilnehmer am „5+2“-Beilegungsprozess zu Transnistrien vom 4. bis 5. April 2011 in Wien: Vorsitz (CIO.GAL/55/11)*
- (f) *Zweites Vorbereitungstreffen für das Neunzehnte Wirtschafts- und Umweltforum über die Entwicklung eines nachhaltigen Verkehrs vom 4. bis 5. April 2011 in Druskininkai (Litauen): Vorsitz (CIO.GAL/55/11)*

Punkt 4 der Tagesordnung: **BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS**

Bekanntgabe der Verteilung eines schriftlichen Berichts des Generalsekretärs (SEC.GAL/64/11 OSCE+): Direktor des Büros des Generalsekretärs

Punkt 5 der Tagesordnung: **SONSTIGES**

- (a) *Mission zur Tatsachenfeststellung laut Moskauer Mechanismus nach Belarus: Belarus (Anhang 3), Russische Föderation (Anhang 4), Tschechische Republik (auch im Namen Dänemarks, Deutschlands, Finnlands, Islands, Kanadas, der Niederlande, Norwegens, Polens, Rumäniens, Schwedens, der Slowakei, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika) (Anhang 5), Ungarn – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Montenegro und Türkei; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien, Bosnien und Herzegowina und Serbien; dem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Norwegen; sowie mit Moldau) (Anhang 6), Schweiz (auch im Namen Liechtensteins) (Anhang 7), Kasachstan (Anhang 8), Tadschikistan, Usbekistan (Anhang 9), Aserbaidschan, Vorsitz (CIO.GAL/56/11 OSCE+)*
- (b) *Parlamentswahl in der Türkei am 12. Juni 2011: Türkei*
- (c) *Auswahlverfahren für das Amt des Generalsekretärs: Vorsitz*

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 13. April 2011, 10.00 Uhr im Neuen Saal

857. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 857, Punkt 2 (d) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG DER DELEGATION KASACHSTANS
(AUCH IM NAMEN ASERBAIDSCHANS, TADSCHIKISTANS UND
DER TÜRKEI)**

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich habe die Ehre und das Privileg, heute im Namen folgender Teilnehmerstaaten zu sprechen: Aserbaidschan, Tadschikistan, Türkei und Kasachstan.

Herr Vorsitzender,

wir verurteilen die Koran-Verbrennung durch einen Religionsführer in den Vereinigten Staaten am 20. März 2011 und die nachfolgenden gewalttätigen Zwischenfälle, bei denen Mitarbeiter der Vereinten Nationen in Afghanistan ums Leben kamen, auf das Schärfste.

Derartige Äußerungen der Intoleranz und Diskriminierung gegen Muslime sind eine dreiste und unverantwortliche Provokation, die die friedlichen Beziehungen zwischen verschiedenen Religionen und Gemeinschaften stört.

Diese verabscheuungswürdige Tat stellt eine der schlimmsten Formen des Extremismus dar und hat die Gefühle von Millionen Muslimen weltweit verletzt.

Der aggressive Charakter dieser Tat berechtigt jedoch in keiner Weise zur Gewalt und zum Mord an unschuldigen Menschen.

Sie macht alle Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft einschließlich der OSZE um den Wiederaufbau Afghanistans, eines OSZE-Kooperationspartners, zunichte.

Die volle Verantwortung für die schwerwiegenden Folgen dieser Tat fällt auf jene zurück, die sie nicht verhindert haben.

Die Meinungsfreiheit ist zwar ein Grundpfeiler der Demokratie, muss jedoch gegen die Notwendigkeit abgewogen werden, Intoleranz und Diskriminierung zu bekämpfen und die gegenseitige Achtung und das Verständnis füreinander zwischen Muslimen, Christen, Juden und Vertretern anderer Religionen zu fördern. Zu diesem Zweck möchten wir die

wichtige Rolle von Führungspersonlichkeiten von Gemeinschaften und Religionen für die Förderung von Toleranz und Verständnis füreinander betonen.

Wir fordern die zuständigen Regierungen auf, der Frage der Erfüllung unserer gemeinsamen Verpflichtungen auf dem Gebiet der Toleranz und Nichtdiskriminierung, die in der Schlussakte von Helsinki 1975, der Charta von Paris für ein neues Europa 1990, der Europäischen Sicherheitscharta 1999 sowie in zahlreichen Beschlüssen des Ministerrats und des Ständigen Rates verankert sind, besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Dieser Erklärung können sich auch noch andere Teilnehmerstaaten anschließen, da die Liste dafür noch nicht geschlossen ist.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

857. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 857, Punkt 2 (d) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG DER DELEGATION
DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Wir möchten der Delegation Kasachstans dafür danken, dass sie dieses Thema im Ständigen Rat zur Sprache gebracht hat, und schließen uns der Verurteilung dieser abscheulichen Taten an. Präsident Obama hat den Anschlag auf die Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan und den anhaltenden Zwist auf das Allerschärfste verurteilt. Wir sprechen den Familien und Angehörigen der Ermordeten, deren Zahl sich heute – wie ich erfahren habe – auf 24 erhöht hat, unser tiefstes Mitgefühl aus. Die mutigen Frauen und Männer der Vereinten Nationen einschließlich der afghanischen Mitarbeiter unterstützen mit ihrer Arbeit die afghanische Bevölkerung. Ihre Tätigkeit ist unverzichtbar für den Aufbau eines gestärkten Afghanistans zum Wohle aller seiner Bürger. Wir betonen die Wichtigkeit einer Beruhigung und legen allen Parteien nachdrücklich nahe, sich gegen Gewalt auszusprechen und Meinungsverschiedenheiten durch Dialog zu lösen.

Unsere Haltung in Bezug auf die Verbrennung eines Koran-Exemplars war und bleibt eindeutig. Wir achten einerseits das Grundrecht der freien Meinungsäußerung, verurteilen jedoch Handlungen wie die Entweihung eines heiligen Texts mit den Worten von Präsident Obama als „außergewöhnliche Intoleranz und Engstirnigkeit“. Jeder vorsätzliche Versuch, Angehörige einer religiösen oder ethnischen Gruppe zu beleidigen oder Zwietracht zwischen Gruppen zu säen, erfüllt uns mit tiefer Sorge. Dessen ungeachtet gibt es keinerlei Rechtfertigung – weder religiöser noch rechtlicher Art – für die Ermordung Unschuldiger, und wir weisen mit aller Entschiedenheit jeden Rechtfertigungsversuch für derart ungeheuerliche Taten zurück.

Es ist enttäuschend – und eigentlich erstaunlich –, dass einige unser Kollegen eine Verurteilung der Koranverbrennung fordern, ohne gleichzeitig auch eine Verurteilung der Gewalt und der Ermordung Unschuldiger im Namen der Religion zu verlangen. Die Botschaft des päpstlichen Rates für den interreligiösen Dialog, aus der vom Vertreter des Heiligen Stuhles zitiert wurde, spricht diesbezüglich eine ganz deutliche Sprache.

Wir danken der Russischen Föderation, dass sie die Festnahme und Bestrafung der für diese Morde verantwortlichen Verbrecher gefordert hat. Wir danken dem Vertreter der Regierung Afghanistans dafür, dass er uns über die diesbezüglich von der Regierung getroffenen Maßnahmen informiert hat.

Wir glauben fest an die Religionsfreiheit und an die Meinungsfreiheit. Beide sind universelle Rechte, die in der Verfassung der Vereinigten Staaten, in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und in unseren gemeinsamen OSZE-Verpflichtungen verankert sind. Religionsfreiheit und religiöse Toleranz sind ebenso wie die Meinungsfreiheit Grundpfeiler der Gesellschaft der Vereinigten Staaten.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender.

857. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 857, Punkt 5 (a) der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION VON BELARUS

Herr Vorsitzender,

zu der Initiative einer Gruppe von Staaten, die den sogenannten Moskauer Mechanismus der OSZE gegen unser Land in Gang zu setzen beabsichtigt, möchte die Delegation der Republik Belarus eine Reihe grundsätzlicher Überlegungen anstellen.

Wir weisen die Darstellung der Lage in Belarus durch die hinter dieser Initiative stehenden Länder kategorisch zurück. Es gibt keine objektiven Gründe für die Aktivierung des genannten Mechanismus.

Erstens ist nach Ziffer 12 des Dokuments des Moskauer Treffens der Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE von 1991 der Versuch, Belarus als einen besonderen Fall der Nichteinhaltung von Verpflichtungen darzustellen, eindeutig voreingenommen und konstruiert. In Belarus liegt keine Gefahr vor, dass die OSZE-Verpflichtungen nicht eingehalten werden, noch viel weniger eine „besonders schwerwiegende“. Die Lage im Land ist stabil, und es gibt keine Konflikte zwischen Volksgruppen oder Religionen. Die Republik Belarus verfolgt in Bezug auf die Umsetzung ihrer internationalen Verpflichtungen einschließlich in der menschlichen Dimension der OSZE einen verantwortungsbewussten Ansatz.

Zweitens geben einige unserer Kollegen offen zu, dass der das OSZE-Büro betreffende Beschluss Belarus' der eigentliche Grund für die Aktivierung des Moskauer Mechanismus war. Auf diese Art und Weise setzen sie diese Initiative dafür ein, uns zum Überdenken unseres Beschlusses zu zwingen. Aber nicht nur uns: Die Anwendung des Moskauer Mechanismus gegen einen Staat, der die Einstellung einer OSZE-Feldpräsenz beschlossen hat, ist ein unverfrorener Versuch, einen Präzedenzfall dafür zu schaffen, anderen Staaten das Recht auf einen derartigen Beschluss abzusprechen. Das muss uns allen klar und unmissverständlich bewusst sein.

Die Beendigung des Mandats einer OSZE-Mission ist das souveräne Recht eines jeden OSZE-Teilnehmerstaats. Von diesem Recht wurde bereits vielfach in anderen Ländern Gebrauch gemacht, auch in Situationen, in denen die Umsetzung von OSZE-Verpflichtungen durchaus gefährdet war. In allen diesen Fällen wurde der Moskauer Mechanismus niemals in Gang gesetzt.

Lassen Sie uns wiederholen: Nicht nur in Belarus wurden bereits Missionen geschlossen, was jedoch bisher noch nie als Begründung für die Aktivierung dieser Instrumente herangezogen wurde.

Darüber hinaus kam es in den letzten Jahren im OSZE-Raum, einschließlich in Ländern, in denen es keine OSZE-Mission gibt, zu Krisen, die zahlreiche Menschenleben forderten und eine entschiedene Reaktion verlangten. Trotzdem war nicht einmal davon die Rede, den maßgeblichen Mechanismus aktivieren zu wollen.

Also messen die Initiatoren für die Aktivierung des Moskauer Mechanismus hier ganz offen auf abstoßende Weise mit zweierlei Maß und fügen damit der Autorität der OSZE grundlegenden Schaden zu.

Drittens setzt Belarus die Arbeit mit dem Vorsitz, den Institutionen und anderen Durchführungsorganen der OSZE in der gesamten Bandbreite der Themen fort, die auf der Tagesordnung der Organisation stehen. Wir haben den Vorsitz, den Generalsekretär und die Teilnehmerstaaten offiziell und zu wiederholten Male von unserer Bereitschaft in Kenntnis gesetzt, die Projektaktivitäten der OSZE in Belarus fortzusetzen. Die Tatsache, dass die Gruppe der Initiatoren dies bewusst übergeht, sendet an alle OSZE-Teilnehmerstaaten das falsche Signal. Die Anwendung außerordentlicher Maßnahmen behindert nur die Fortsetzung der Zusammenarbeit.

Belarus ist prinzipiell in allen Fragen dialogbereit, die für unsere Partner von Interesse oder ein Anliegen sind. Die entsprechenden Informationen werden, wie im Moskauer Dokument vorgesehen, regelmäßig im Ständigen Rat oder bei OSZE-Veranstaltungen zugänglich gemacht.

Wie könnte denn eine unparteiische Berichterstattemission erfolgen, wenn der Moskauer Mechanismus ohne stichhaltige Begründung in Gang gesetzt wird – und das auf Betreiben einer Gruppe von Ländern, die bereits öffentlich und eindeutig zu Belarus Stellung bezogen haben? Die Schlussfolgerungen des Berichts können gar nicht anders als von vornherein voreingenommen sein.

Anstelle eines Dialogs und einer praktischen Zusammenarbeit wird uns ein politisch instrumentalisiertes Mechanismus aufgezwungen, dessen Anrufung ein frappierendes Beispiel für die eindeutige Anwendung von zweierlei Maß darstellt.

Und viertens sind die Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit den gewalttätigen Ausschreitungen gegen Regierungsgebäude vom Abend des 19. Dezember 2010 in Minsk noch nicht abgeschlossen. Sie werden unter vollständiger Einhaltung der Gesetze Belarus' und der festgelegten Verfahren sowie im Einklang mit den Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit und Unabhängigkeit der richterlichen Gewalt geführt.

Darüber hinaus hat Belarus – in Wirklichkeit geleitet von seinen OSZE-Verpflichtungen – Experten des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) zur Beobachtung dieser Prozesse eingeladen. Eine derart offene Haltung in Bezug auf eine so sensible Frage hat es in der Geschichte unserer Organisation nur sehr selten gegeben. Diese

Arbeit ist noch nicht abgeschlossen, und schon versucht die Organisation, der Republik Belarus eine neue Mission aufzuzukroyieren.

Das ist, nebenbei bemerkt, an sich schon ein Verstoß gegen das Moskauer Dokument. Gemäß dessen Bestimmungen dürfen nämlich nicht zwei verschiedene Missionen von Experten oder OSZE-Berichterstattern in einem Teilnehmerstaat zu ein und derselben Frage tätig sein.

Herr Vorsitzender,

Konsens ist das Herzstück der OSZE, doch der Moskauer Mechanismus beruht nicht auf Konsens und ist anfällig für opportunistische, politisch motivierte und tendenziöse Einflussnahmen und Manipulationen. Er kam nur selten zur Anwendung und hat sich in der Praxis nicht bewährt – er ist ein „verrostetes“ Instrument aus einer längst vergangenen Ära, eine Fehlentwicklung aus den frühen 1990er Jahren. In keinem einzigen Fall hat die Aktivierung des Moskauer Mechanismus positive Ergebnisse gezeitigt und nicht einmal in den Krisen der jüngsten Zeit wurde er in Gang gesetzt. Es gibt keine eindeutigen Kriterien für die Einstufung einer Situation als „Notstand“. Die Präzedenzfälle, in denen dieser Mechanismus in Gang gesetzt wurde, bestätigen, dass es sich dabei um ein Relikt aus der Zeit des „Block-Denkens“ handelt, das die OSZE-Länder daher eher trennt als eint.

Ein Rückgriff auf solche Mittel ist nicht nur kontraproduktiv. Es führt vielmehr zu einem Vertrauensverlust zwischen den Partnern innerhalb der OSZE und zu einem eindeutigen Ungleichgewicht in der Arbeit der OSZE, wodurch Gräben vertieft werden.

Sehen wir uns nur die Zusammensetzung der Initiatorengruppe an. Sie sagt uns mehr als alle Worte, dass das die OSZE spalten wird. Liegt das im Interesse unserer Organisation? Steht das im Einklang mit den Interessen der viel gepriesenen gemeinsamen und unteilbaren Sicherheit in Europa?

Und sehen wir uns auch an, wie flink die Aktivierung des Mechanismus abgewickelt wurde. Die Tinte auf dem Dokument war noch nicht getrocknet, als die Initiatoren bereits Berichterstatter bestellten und unmittelbar danach der Direktor des BDIMR dem Ständigen Vertreter von Belarus ein Schreiben sandte, ohne sich vorher die Zeit für eine Prüfung aller Verfahrensaspekte dieser Angelegenheit zu nehmen.

Die Initiatoren der Aktivierung des Moskauer Mechanismus geben praktisch genommen ganz offen ein eindeutiges Signal an die gesamte OSZE. Sie wollen die Organisation zu ihren eigenen Zwecken manipulieren und werden sich durch nichts von ihren Absichten abbringen lassen. Sie verfolgen Ziele, die ganz generell nichts mit der menschlichen Dimension der OSZE zu tun haben. Schlimmer noch, diese Ziele widersprechen dem Geist und den Grundprinzipien unserer Organisation, die die Ausübung von Druck und einseitiges Vorgehen von sich weist.

Auf diese Art und Weise lassen sich die Initiatoren nicht von Prinzipien, sondern von ihren eigenen Gruppeninteressen leiten.

In einer solchen Situation kommt dem OSZE-Vorsitz besondere Verantwortung zu, der zumindest als „ehrlicher Makler“ handeln sollte. Dem Vorsitz scheint jedoch die

Kontrolle über die Lage entglitten zu sein. Er hat nicht einmal den Verhandlungsprozess, den er mit Belarus aufgenommen und zuletzt so häufig angesprochen hat, zu Ende geführt und lässt sich von einigen Mitgliedern der Organisation diktieren. Das ist wohl kaum das richtige Vorgehen für den Vorsitz beziehungsweise die Organisation.

Wir appellieren an die Initiatoren der Aktivierung des Moskauer Mechanismus, ihren Beschluss zu überdenken und zu einem normalen und von allen Seiten respektvollen Dialog zurückzukehren. Wir hoffen, dass es dem litauischen Vorsitz gelingt, die notwendigen Voraussetzungen für die Fortsetzung eines derartigen Dialogs im Rahmen der OSZE sicherzustellen.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender.

857. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 857, Punkt 5 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG DER DELEGATION
DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

wie Sie wissen, hat gestern eine Gruppe von Staaten die Aktivierung des Moskauer Mechanismus in Bezug auf Belarus gefordert. Als Hauptgrund dafür wurde die Menschenrechtslage nach den Ereignissen vom 19. Dezember vergangenen Jahres angeführt.

Unserer Ansicht nach ist die Aktivierung des Moskauer Mechanismus in diesem Fall nur schwer zu rechtfertigen, insbesondere angesichts der Tatsache, dass Belarus bereits seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit gezeigt hat. Derzeit empfängt es Experten des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE auf seinem Hoheitsgebiet, denen ungehinderter Zugang zur Beobachtung der Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit den im Zuge der erwähnten Vorfälle festgenommenen Personen zugesichert wurde. Darüber hinaus sind diese Gerichtsverfahren öffentlich und erlauben es daher ausländischen Diplomaten, einschließlich aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika, sie aus nächster Nähe zu verfolgen.

Nach unserem Ermessen wird die Aktivierung des Moskauer Mechanismus ohne Konsens in dieser Frage und in Anbetracht der Einwände von Belarus nichts als eine Welle von Kontroversen und Unstimmigkeiten in unserer Organisation auslösen. Das alles wird sich kontraproduktiv auf den Anreiz zur Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten auswirken und ganz allgemein das freundliche Klima, das sich seit dem OSZE-Gipfel in Astana entwickelt hat, beeinträchtigen.

Wir sollten uns heute nicht mit neuen Kontroversen innerhalb der OSZE auseinandersetzen, sondern vielmehr mit der Frage, wie man die positiven Fortschritte, die wir den Bemühungen der Staats- und Regierungschefs auf dem letzten Gipfeltreffen verdanken, bewahren und verstärken kann.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

857. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 857, Punkt 5 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG DER DELEGATION
DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK
(AUCH IM NAMEN DEUTSCHLANDS, DÄNEMARKS, FINNLANDS,
ISLANDS, KANADAS, DER NIEDERLANDE, NORWEGENS, POLENS,
RUMÄNIENS, DER SLOWAKEI, SCHWEDENS, DES VEREINIGTEN
KÖNIGREICHS UND DER VEREINIGTEN STAATEN VON
AMERIKA)**

Gestern, am 6. April 2011, richteten 14 Teilnehmerstaaten der OSZE (Deutschland, Dänemark, Finnland, Island, Kanada, die Niederlande, Norwegen, Polen, Rumänien, die Slowakei, Schweden, die Tschechische Republik, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten von Amerika) ein gemeinsam unterzeichnetes Schreiben an den Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Belarus bei der OSZE, S.E. Botschafter Aljaksandr Sytschow, in dem sie sich auf den Moskauer Mechanismus nach Ziffer 12 des Moskauer Dokuments berufen.

In dem Schreiben wird darum ersucht, dass unparteiische internationale Experten eine Mission zur Tatsachenfeststellung nach Belarus unternehmen, um Fragen im Zusammenhang mit unserer Besorgnis, dass nach der Präsidentenwahl am 19. Dezember 2010 besonders schwerwiegende Gefahren für die Menschenrechte, Grundfreiheiten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aufgetreten sind, zu prüfen.

Die genannten Länder und Miteinbringer sind der Auffassung, dass das ungewöhnlich scharfe Vorgehen der belarussischen Behörden gegen Kandidaten der Opposition, Vertreter der Zivilgesellschaft und Journalisten nach der Präsidentenwahl vom 19. Dezember 2010 und in den Wochen danach eine besonders schwerwiegende Gefahr für die Verwirklichung der Bestimmungen der menschlichen Dimension in Belarus darstellt.

Die laut Moskauer Mechanismus geforderte Mission zur Tatsachenfeststellung und der Bericht sollen die Einhaltung und die Achtung von Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Grundfreiheiten durch Dialog und Zusammenarbeit fördern. Die Anwendung dieses Mechanismus wird Belarus bei der Erfüllung seiner Verpflichtungen helfen.

Alle Teilnehmerstaaten der OSZE bekräftigten beim Gipfeltreffen in Astana im Dezember 2010, dass sie untereinander und gegenüber ihren Bürgern für die volle Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen einstehen. Sie bestätigten, dass die OSZE-Verpflichtungen unsere gemeinsame Errungenschaft sind und sie sie somit als unmittelbare und berechnigte Anliegen aller Teilnehmerstaaten betrachten.

Die Teilnehmerstaaten, die Miteinbringer der Aktivierung des Moskauer Mechanismus sind, ersuchen daher die Regierung von Belarus, in vollem Umfang und im Einklang mit den Bestimmungen des Moskauer Mechanismus, der durch Konsens und in guter Absicht von allen Teilnehmerstaaten beschlossen wurde, mit der Mission zur Tatsachenfeststellung zusammenzuarbeiten.

Im Einklang mit Ziffer 10 des Moskauer Mechanismus haben wir einen Berichtserstatter aus der vom BDIMR geführten Expertenliste ernannt. Wir legen Belarus nahe, einen zweiten Berichtserstatter aus dieser Liste zu ernennen, wie es im Mechanismus vorgesehen ist.

Wir würdigen auch alle Bemühungen des Amtierenden Vorsitizes, als neutraler unparteiischer Makler zu vermitteln und diese Frage zu lösen, ohne den Moskauer Mechanismus aktivieren zu müssen. Dennoch haben die 14 Miteinbringer beschlossen, ihn zu aktivieren.

Ich ersuche Sie, Herr Vorsitzender, diese Erklärung in das Journal des Tages aufzunehmen.

857. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 857, Punkt 5 (a) der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

Die Europäische Union hat die Lage nach der Wahl in Belarus aufmerksam verfolgt und immer wieder ihre große Besorgnis über die Menschenrechtslage in diesem Land im Hinblick auf Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Berichte über Folter und grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung zum Ausdruck gebracht. Darüber hinaus hat die EU verlangt, dass alle aus politischen Gründen inhaftierten Personen unverzüglich freigelassen werden. Bedauerlicherweise konnte unser Dialog im Ständigen Rat diese Besorgnisse nicht ausräumen. Es ist besonders bedauerlich, dass wir bei diesem Dialog nicht länger auf die wertvollen Beobachtungskapazitäten des früheren OSZE-Büros in Minsk bauen konnten.

Beim Gipfeltreffen in Astana haben alle Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten unlängst ihr uneingeschränktes Festhalten an allen OSZE-Normen, -Prinzipien und -Verpflichtungen bekräftigt. Insbesondere erklärten die Teilnehmerstaaten kategorisch und unwiderruflich, dass die im Bereich der menschlichen Dimension eingegangenen Verpflichtungen ein unmittelbares und berechtigtes Anliegen aller Teilnehmerstaaten und nicht ausschließlich eine innere Angelegenheit des betroffenen Staates darstellen.

Am 6. April setzten die 14 Teilnehmerstaaten den Moskauer Mechanismus in Gang, um Besorgnisse bezüglich der Demonstrationen in Belarus am 19. Dezember und der darauf folgenden Entwicklungen zu prüfen.

Wir erinnern daran, dass sich alle Teilnehmerstaaten im Rahmen des Moskauer Mechanismus verpflichtet haben, in vollem Umfang mit der Expertenmission zusammenzuarbeiten, deren Arbeit zu erleichtern und der Mission für die unabhängige Durchführung ihrer Aufgaben alle erforderlichen Erleichterungen zu gewähren. Wir fordern Belarus auf, sich an diese Verpflichtung zu halten.

Wir würdigen auch alle Bemühungen des Amtierenden Vorsitzes, die Frage zu lösen, ohne den Moskauer Mechanismus aktivieren zu müssen.

Die Europäische Union erinnert daran, dass der Moskauer Mechanismus zur Förderung der Achtung von Menschenrechten, Grundfreiheiten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch Dialog und Zusammenarbeit und zur Unterstützung der Lösung bestimmter einschlägiger Fragen entwickelt wurde. In diesem Zusammenhang sehen wir dem

unabhängigen und unparteiischen Bericht der Berichterstatter, der die Tatsachen, Vorschläge und Empfehlungen enthält, entgegen. Wir hoffen, dass ihr Bericht zu einer Förderung der Zusammenarbeit mit Belarus in der OSZE beitragen wird.

Schließlich bekräftigen wir unsere Bereitschaft, den Behörden von Belarus bei der Einhaltung von OSZE-Verpflichtungen Hilfestellung zu leisten.

Die Bewerberländer Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro¹ und Island², die Länder des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländer Albanien und Serbien sowie das Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Norwegen schließen sich dieser Erklärung an.

1 Kroatien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Montenegro nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

2 Island ist weiterhin Mitglied der EFTA und des Europäischen Wirtschaftsraums.

857. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 857, Punkt 5 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER SCHWEIZ
(AUCH IM NAMEN LIECHTENSTEINS)**

Danke Herr Vorsitzender.

Ich spreche auch im Namen von Liechtenstein.

Die OSZE, respektive die KSZE, wurde vor 35 Jahren ins Leben gerufen, um die Gräben östlich und westlich von Wien zu überbrücken. Die Teilnehmerstaaten haben sich auf einen beeindruckenden Katalog von Verpflichtungen geeinigt. Die OSZE fusst auf der Bereitschaft aller Teilnehmerstaaten, sich auf einen permanenten und offenen Dialog einzulassen.

Auch in Bezug auf Weissrussland setzt die Schweiz auf Dialog und nicht auf Konfrontation.

Wir können uns keine neuen Gräben zwischen Ost und West leisten. Es darf nicht sein, dass wir im 21. Jahrhundert in den Kalten Krieg zurückfallen. Wir haben heute neue, grosse Herausforderungen zu bewältigen. Das können wir nur, wenn wir alle uns auf einen konstruktiven Dialog einlassen. In diesem Sinne rufen wir dazu auf, dass die Geste der 14 Teilnehmerstaaten als Anstoss für den weiteren Meinungsaustausch über alle OSZE-Verpflichtungen aufgefasst wird.

Weissrussland hat eine Reihe von substantiellen Kooperationsvorschlägen gemacht. Diese betreffen alle drei Dimensionen. Wir sind der Meinung, dass sich nun ein Aktionsplan aushandeln liesse, um die Umsetzung dieser Vorschläge zu konkretisieren.

In der Menschlichen Dimension haben wir uns dieses Jahr äussert rasch auf eine gehaltvolle Agenda geeinigt. Wir sind überzeugt, dass wir alle von einer konstruktiven Zusammenarbeit profitieren werden. Die Stärke dieser Organisation, die wir jederzeit pflegen sollten, ist die Kultur des Dialogs.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat

PC.JOUR/857

7 April 2011

Annex 8

GERMAN

Original: ENGLISH

857. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 857, Punkt 5 (a) der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION KASACHSTANS

Herr Vorsitzender,

die Delegation von Kasachstan teilt die von der geschätzten Delegation der Russischen Föderation geäußerte Sorge über die Aktivierung des Moskauer Mechanismus im Zusammenhang mit Belarus.

Herr Vorsitzender, ich bitte um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Tages.

Ich danke Ihnen.



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat

PC.JOUR/857

7 April 2011

Annex 9

GERMAN

Original: ENGLISH

857. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 857, Punkt 5 (a) der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION USBEKISTANS

Herr Vorsitzender,

die Delegation der Republik Usbekistan hat mit Aufmerksamkeit das Schreiben der geschätzten Botschafter einer Gruppe von OSZE-Teilnehmerstaaten zur Kenntnis genommen, mit dem um die Einberufung einer Mission zur Tatsachenfeststellung in Belarus nach dem Dokument des Moskauer Treffens 1991 ersucht wird.

Wir möchten diesbezüglich den Ständigen Rat auf die Erklärung unserer Delegation aufmerksam machen, die wir in einer seiner früheren Sitzungen (Dokumentnummer PC.DEL/310/11) abgegeben haben.

Usbekistan ist dagegen, dass Menschenrechtsfragen politisch instrumentalisiert werden, und vertritt die Auffassung, dass der Dialog auf gleichberechtigter Basis und im Geiste der Zusammenarbeit, auf dem die OSZE fußt, verstärkt werden muss.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.